

Sächsischer Landtag
7. Wahlperiode

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sarah Buddeberg
Fraktion DIE LINKE

Thema: Evaluation des Opferentschädigungsgesetzes, Nachfrage zu den Kleinen Anfragen in Drsn. 7/698, 7/10760

Von Betroffenen, Unterstützungsorganisationen und juristischen Expert*innen wird seit Langem Kritik am Opferentschädigungsgesetz (OEG) geäußert und Reformen eingefordert (https://www.zis-online.com/dat/artikel/2014_7-8_837.pdf).

Im September 2022 kündigte Ministerpräsident Michael Kretschmer bei einer Podiumsdiskussion eine landesweite Evaluation des OEG an. Zudem solle das Thema 2024 auf der gesamtdeutschen Ministerpräsident*innenkonferenz auf die Tagesordnung gesetzt werden (<https://www.presseportal.de/pm/6758/5323630>).

Am 18. Juni 2024 wurde auf der MPK-Ost ein Beschluss zur besseren Unterstützung von Opfern politischer Verfolgung in der DDR gefasst.

Die Unterzeichnerin widerspricht der Fristverlängerung nach §56 (5) Geschäftsordnung.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Ist die angekündigte Evaluation erfolgt, wenn ja, mit welchem Ergebnis, wenn nein, warum nicht?
2. Wird die Ministerpräsident*innenkonferenz unter sächsischem Vorstand die Thematik behandeln, falls ja, soll dabei auf den Beschluss der MPK-Ost fokussiert werden oder ist eine breitere Berücksichtigung der vorliegenden Kritikpunkte vorgesehen?
3. Wie viele Anträge nach dem Opferentschädigungsgesetz wurden seit 2022 im Freistaat Sachsen gestellt?
(Bitte analog zu Anlage 1 in Drs. 7/10760 nach Zeitpunkt der Antragstellung, Alter, Geschlecht, sowie Status als Hinterbliebene*r oder Geschädigte*r aufschlüsseln)

Dresden, 22. August 2024



Sarah Buddeberg, MdL

4. Wie wurden diese Anträge behördlich bzw. gerichtlich entschieden?
(Bitte analog zu Anlage 2 in Drs. 7/10760 nach Bewilligung und sofern zutreffend Ablehnung, eingelegtem Widerspruch samt Erledigungsart sowie erhobener Klage und Erledigungsart aufschlüsseln)

5. Wie viele Klagen auf eine Entschädigung nach dem OEG sind bisher von ehemaligen Heimkindern seit dem 10.12.2019 an den Sozialgerichten im Freistaat Sachsen anhängig gemacht worden?
(Bitte analog zu Anlage 1 in Drs. 7/689 nach Jahren, Verfahrensdauer je Instanz, Art und Ausgang der gerichtlichen Entscheidung je Instanz sowie, soweit zutreffend, durch die beklagte öffentlich-rechtliche Seite eingelegte Rechtsmittel und deren Ausgang aufschlüsseln!)